

Gegen den Wohnungswucher.

Aus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung legte gestern Stadtrat Voehning den Standpunkt des Magistrats zum Wohnungs-Schleichhandel dar.

Der Magistratsvertreter gab zu, daß nicht nur in den westlichen Vororten, sondern auch in Berlin gegenwärtig ein Wohnungswucher getrieben werde, dem die Besörde ein Ende machen müßte. Die Stadt Berlin habe mit den Magistratsbehörden der Vororte bereits verhandelt, und man habe sich auch auf bestimmte Vorschläge geeinigt, die den Reichs- und Staatsbehörden unterbreitet worden seien. Bemerkenswert war die Mitteilung, daß die Wohnungsnot in Berlin in der letzten Zeit noch gestiegen ist, und daß auch der Berliner Magistrat im Falle dauernder Not dazu schreiten werde, große Wohnungen, die leerstehen oder frei werden, zu beschlagnahmen und in Kleinwohnungen zu verwandeln.

Nach einem Bericht des St. V. Vieten (D. V.) erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß den Meistern der städtischen Betriebe ein Zuschlag von 15 v. H. zu ihren sämtlichen bisherigen Bezügen vom 1. Januar 1919 ab gewährt wird. Ferner wird den Beamten und dauernd Angestellten, die Kinder haben, neben dem Gehaltszuschlag vom 1. Januar ab ein besonderer Zuschlag gewährt.

Stadtn. Dr. Wenl (U. S.) berichtet namens des Ausschusses über den Antrag der St. V. Friedenthal u. Gen. (Dem.) betr. Einrichtung eines Pflegeamtes für sittlich gefährdete Mädchen usw. Der Ausschuss empfiehlt folgende Beschlusfassung: den Magistrat, mit unächster Beschleunigung unter Zuziehung geeigneter Sachverständiger — Männer und Frauen — aus allen Kreisen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung sowie von Vertretern der Vororte der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu machen, — ferner bei der Preussischen Landesversammlung zu beantragen, daß schon vor der Uebernahme der gesamten Polizei in städtische Verwaltung die Sittenpolizei abgezweigt und der Stadt übergeben wird. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung über die Maßregeln zur Bekämpfung der Wohnungsnot. St. V. Weinberg (U. S.) berichtet über den schon seit einiger Zeit vorliegenden Antrag der beiden sozialdemokratischen Gruppen betr. die Bekämpfung des Schleichhandels mit Wohnungen.

Der Antrag sieht das Verbot des Anbietens von Belohnungen für den Nachweis von Vermietungen von Wohnungen vor. Es haben sich, wie der Berichterstatter ausführt, wilde Nachweise-Müros aufgemacht, durch die arge Mißstände im Wohnungswesen hervorgerufen werden. Es mache sich ein unglaubliches Schieber-tum breit. Ein bezeichnendes Schloßlicht darauf werfe die durch die Zeitungen bekannt gewordene Tatsache, daß ein einziger Mann 40 leere Wohnungen in einer Hand vereinige, die er dann mit horrenden Zwischenverdiensten weiter vermietet. Dazu kommen unlautere Möbelfirmen, die Wohnungen notdürftig möblieren und dann zu Wucherpreisen vermieten. Diesem ganzen Vorkommnismüsse mit Energie der Garaus gemacht werden. Deshalb sollte die Versammlung den Antrag annehmen, ebenso eine Vorlage des Magistrats betr. die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

Der Antrag des Magistrats geht dahin: Die Versammlung ist damit einverstanden, daß 500 über das Stadtgebiet auf die 10 Wohnungsinspektionen verteilte Wohnungen aus der Zahl der durch Zuschüsse wohnreif gemachten Wohnungen ausgesucht und von der Stadt zum 1. Juli 1919 beschlagnahmt werden. Die aus der Beschlagnahme für einen Zeitraum von 3 Jahren entstehenden Kosten sind bis zum Höchstbetrage von 845 000 M. dem Kriegsvorschußkonto zu entnehmen.

Die Magistratsvorlage wird von Stadtrat Voehning erläutert. Er erwähnt, daß die Regierung beabsichtigt, die Befugnisse der Mieteinigungsämter zu erweitern, den Vermietern die Anzeige-

militärisch gehorchen. Endlich war Vaters Arbeit abgeschlossen. Zum Schluß war es so fix gegangen, daß Mutter noch manchen Tag und manche halbe Nacht für die Reinschrift brauchte. Um ihr die Sorge um uns und die ewigen Störungen durch uns abzunehmen, erklärte sich Vater bereit, uns auszuführen. Großvater und Onkel schlossen sich an. Im Schlosspark und in der Fasanerie gab es etwas un-

terg von 25 000 M. zur Verfügung zu stellen, aus dem Vergütungen an diejenigen Arbeiter und Beamten der städtischen Werke gezahlt werden können, die praktisch verwertbare, technische oder organisatorische Anregungen geben, die die Betriebsunkosten verringern. Die Versammlung überweist den Antrag einem Ausschusse zur Vorberatung.

Es werden noch einige Magistratsvorlagen erledigt und hierauf die Sitzung geschlossen.